

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

425 (13.9.1921) Mittagausgabe

Badische Presse

und
Handels-Zeitung.
Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Kleiner-Kinderkran / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Bezugs-Preise:
In Karlsruhe: 50 Pf. wöchentlich
in den Postämtern abgeholt
monatlich M. 6.—, frei ins Haus
abgeholt M. 6.75.
Auswärts: Von unseren Anzeigern bezogen M. 6.75. Durch die Post einfach. Postgebühren M. 6.75.
Einzelnummer 20 Pfennig.
Anzeigen:
Die Spalte Nonpareilzettel M. 1.80, auswärts M. 2.30. Stellenangebote und Familien-Anzeigen M. 1.50. Die Beilagen M. 3.—, an 1. Stelle M. 3.50. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der bei Nichtbeachtung des Rates, bei gerichtlicher Vertretung und Konturken außer Kraft tritt.
Für Wagnerschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.
Im Fall höherer Gewalt hat der Verleger keine Ansprüche bei verschärfen oder Nichterscheinen der Zeitung.

Eigentum und Verlag von
Werb. Schreier & Co.
Schriftleitung:
Ganns Walter Schneider.
Verantwortlich: Politik und Wirtschaftspolitik: G. W. Schneider; Politische Nachrichten: A. W. Schulze; Baden: Martin Gollinger; Karlsruhe: Angelegenheiten u. Sport: M. Wolberauer; Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung: A. Kubold; Handelszeitung: I. W. A. W. Schulze; Anzeigen: A. Rindswander, alle in Karlsruhe.
Berliner Schriftleitung:
Dr. Erich Gertth.
Verlagsredaktion:
Geschäftsstelle: Nr. 86, Schriftleitung: Nr. 309 und 319.
Geschäftsstelle:
Birkel- und Sammler-Eds. nach Kallertstraße und Marktstraße, Postfach Nr. 8359.

Die Generaldebatte im Völkerbund.

Der optimistische Bourgeois.

Dr. A. Genf, 12. Sept. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Zum ersten Male seit Beginn des Kongresses nahm heute ein Vertreter der französischen Delegation das Wort, und zwar Bourgeois. Bourgeois erklärte sich mit Recht oder Unrecht als einen Schöpfer des gegenwärtigen Bundes, und seine Rede war denn auch gleichsam eine Verteidigungsrede. In diesem Sinne mahnte Bourgeois die Versammlung, sich nicht von den kritischen Angriffen, die von allen Seiten gegen den Völkerbund gerichtet würden, betören zu lassen, und in diesem Sinne mahnte er dem bisherigen Wirken des Völkerbundes seine Bedeutung zu, die zweifellos dem größeren Teile der Versammlung selbst ziemlich übertrieben erschienen sein dürfte. Im Augenblick ließ es Bourgeois bei den schönen Worten bewenden. Es war in seinen Ausführungen viel von Recht und Frieden die Rede, aber die konkreten Fragen, bei denen die schönen Worte zur Anwendung gelangen könnten, wurden von dem großen französischen Delegierten nur ganz flüchtig gestreift. Besonders über die Entwaffnungsfrage erklärte Bourgeois, sich nicht näher äußern zu wollen. Zu dieser Frage, bei der es mehr auf die harten Realitäten als auf schöne Worte ankommt, will der französische Delegierte lieber den streitbareren Herrn Biniani vorziehen. In der Washingtoner Konferenz will Bourgeois keine Veranlassung zur Beunruhigung für den Völkerbund sehen. Im Gegenteil: wenn auch in Washington an der Entwaffnungsfrage gearbeitet werde, so könnten die bisherigen Bemühungen nur um so besser zum Ziele geführt werden. Die folgenden Ausführungen des Redners waren freilich nicht nur nach Washington, sondern auch nach Berlin gerichtet.

„Wir respektieren durchaus die nationalen Gefühle, und wir werden sogar die nationalen Vorurteile respektieren“, sagte Bourgeois, „und wir geben durchaus zu, daß gewisse Völker Gründe haben können, nicht in unseren Bund einzutreten, der gegenwärtig 48 Staaten umfaßt. Das geht uns nichts an. Wir haben nichts mit den inneren politischen und den äußeren politischen Motiven zu tun, die einen Staat bestimmen, in unseren Bund einzutreten oder nicht.“

Den bedeutsamsten Beweis für das Entstehen des Völkerbundes sieht Bourgeois in der Tatsache, daß die oberste politische Frage, um deren Lösung sich die Großmächte vergebens bemüht hätten, dem Bunde überwiesen wurde. Diese Bemerkung scheint eine Mahnung an die Vierer-Kommission zu sein. „Nachdem der Völkerbund“, sagte Bourgeois, „eine solche Aufgabe übernommen hat, ist es unmöglich, daß wir die Verpflichtungen, die wir gegeben haben, nicht einhalten. Wir müssen Erfolg haben, wir müssen zu einer Verständigung gelangen. Es ist notwendig, daß nicht ein Artikelspruch, der nur eine Meinungsäußerung ist, erfolgt. Aber in seinem Gewissen muß sich dann jeder vor dieser Meinungsäußerung hüten, und dieser Beweis von den Diensten, die wir der Sache des Friedens selbst dann leisten können, wenn er gar nicht bedroht ist, wird die Macht des Völkerbundes noch vergrößern.“ Im übrigen betonte Bourgeois, wie dies auch von fast allen Rednern geschah, daß der Völkerbund in enge Fühlung mit der öffentlichen Meinung der Welt kommen müsse.

Nach Bourgeois sprach als Vertreter der spanischen Delegation Graf Quinones, der auf einen Beschluß des vorjährigen Kongresses sich der spanischen Sprache bediente. Der südafrikanische Delegierte Murray legte sodann zwei Resolutionen vor, von denen die erste die Einsetzung einer ständigen Kommission fordert, die alle Beschwerden der nationalen Minderheiten prüfen und unter Umständen an Ort und Stelle untersuchen soll.

Eine Rede Barthous.

Dr. A. Genf, 12. Sept. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Während in Deutschland die Freier des Sedantages abgelehnt ist, werden im französischen Volk die militärischen Erinnerungen mit allen Mitteln wachgehalten. Der Jahrestag der Wagnerschlacht soll offenbar diesem Zwecke dienen. Gestern wurde in Neauv unter großem militärischem Aufwand die 7. Wiederkehr dieses Tages gefeiert in Gegenwart des Marschalls Joffre, zahlreicher anderer Generäle und Würdenträger, fast des gesamten diplomatischen Korps und ganz besonders unter harter Heranziehung der Jugend. Kriegsminister Barthou hielt namens der Regierung die offizielle Rede, die harten politischen Charakter zeigte. Barthou verkündete zunächst, daß nach dem Frankreich, Frankreich, Frankreich wieder erhalten habe, es keine territorialen Eroberungen mehr zu machen wünsche. Es verleihe auch keinen Nachplan, aber gefügt auf sein Recht verlange es die Erfüllung der gerechten Wiedergutmachungen, die Deutschland auf sich genommen habe. „Rann Frankreich taub bleiben“, so fuhr der Redner fort, gegenüber den Revanchiers, den Schritten der Parademärsche, den Hahnesrufen, den drohenden und perfiden Reden, die von jenseits des Rheins herüberdröhen? Wenn Frankreich die Unterdrückung der militärischen Organisationen verlangt, die der Vertrag von Versailles und die späteren Abmachungen verbieten, muß es sich dann mit neuen Namen zufriedengeben, unter welchen die Institutionen des alten Regimes fortbestehen und sich bewaffnen, zunächst unter der losen Form der Fülle und später unter der jenseits offenen Führung der Prinzen, der Marschälle und Generäle, die ihre Treue gegenüber dem obersten Kriegsherrn proklamieren, dem Herrn des fernen und fernen Reiches. Hat nicht der laizistische Flüchtling selbst, der im Jahre 1918 weder zu liegen noch zu sterben verstand, die Kühnheit gehabt, das Lösungswort auszugeben, Truppen zu sammeln und zu ihnen als ihr Herr zu sprechen, anstatt von dem Nischenhahn seiner Verpredigten erstickt zu werden. Dieses imperialistische Deutschland, das nichts gelernt und nichts vergessen hat, das wir aber auch unter: leits nicht bezweifeln, ist es das ganze Deutschland? Vielleicht gibt es noch ein anderes. Was will dieses und was ist es? Es beauptet, von demokratischen Gefühlen erfüllt zu sein, und es behauptet, in sich selbst den alten militärischen Geist gelöst zu haben. Obgleich die Lehre von 1914 uns ungläubig gemacht hat, so verweigern wir den Taten dieses Deutschland doch nicht das Recht, uns zu überzeugen. Es wäre ungerecht und ungeschickt, nicht anzuerkennen, daß die gegenwärtige Regierung unter der Leitung des Kanzlers Wirth Beweise von gutem Willen gegeben hat. Inmitten außerordentlicher Schwierigkeiten hat diese Regierung zweifellos nicht alles erreicht, was sie wollte. Aber was auch immer ihre Absicht sein möge, ihre Ohnmacht kann nicht als Vorwand für einen Bericht

unsererseits benutzt werden. Frankreich hat den Vertrag von Frankfurt ausgeführt, Deutschland muß den Vertrag von Versailles ausführen. Bei dieser Ausführung, die schon durch verlängerte Fristen leichter gemacht ist, kann es den Beweis seines guten Willens bringen. Was immer auch Ludendorff, der im November 1918 weniger arrogant war als vor einem Monat in Königsberg, sagen mag, Deutschland hat den Schluß gewollt und ist besiegt worden. Es hat seine Schuld, seine Niederlage und seine Verantwortung anerkannt. Ich kann nicht glauben, daß es die Berrücktheit begehen wird, seine Geschichte ahermals Männern auszuliefern, die es dem Untergang entgegengeführt haben. Aber seine Demokratie, wenn sie eine nützliche und dauerhafte Annäherung an uns verfolgt, der wir keineswegs Hindernisse in den Weg legen wollen, muß wissen, was sie will und wohin sie geht. Ohne uns in die inneren Angelegenheiten einzumischen haben wir das Recht zu sagen, daß eine V e n d e r u n g d e s V o l k s w i l l e n s nicht genügt kann, um uns Vertrauen einzufößen. Frankreich wird nicht auf die Entwaffnung verzichten, die die Bürgschaft für seine Sicherheit ist, noch auf die staatsrechtlichen Zahlungen, welche die Verbindungen sind für sein industrielles Wiederaufleben und für sein finanzielles Gleichgewicht.“

Wie die Befehlsfrist zu Ende kam.

Dr. A. Genf, 13. Sept. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) In einer Polemik gegen Lloyd George veröffentlicht Poincaré im „Temps“ sehr interessante Erinnerungen aus der Zeit des Friedensschlusses. Poincaré erzählt zunächst, daß Wilson und Lloyd George sich untereinander verständigt hätten, die Befehlsfrist des Rheinufers überhaupt abzulehnen oder doch nur für ganz kurze Zeit zu gestatten, indem sie dafür den Garantievertrag für die Sicherheit Frankreichs anboten. Es folgten weitere launigere Verhandlungen, bei denen das Bemühen der Franzosen dahin ging, daß die Dauer der Befehlsfrist nicht begrenzt werden sollte. Aber noch bevor diese Verhandlungen zum Abschluß gelangten, machte Wilson am 15. April 1919 an die Presse die Mitteilung, daß die Deutschen für den 25. nach Versailles berufen worden seien: eine seltsame Ueberführung, die Frankreich der Möglichkeit aussetzte, die Deutschen zu einer Stunde nahen zu sehen, wo eine Lebensfrage für Frankreich zwischen den Alliierten noch nicht geregelt war. Erst am gleichen Tage gelang es Clemenceau, von Wilson und Lloyd George die Zustimmung zur Befehlsfrist für die Dauer von 15 Jahren zu erhalten. Clemenceau machte den Gegenvorschlag, daß die Periode von 15 Jahren erst mit dem Tage der Inkraftsetzung des Garantievertrages mit England und dem Vereinigten Staaten zu laufen beginnen soll. „Es wird ewig schade sein“, so schreibt Poincaré, „daß dieser Vorschlag nicht angenommen wurde; dann hätte es uns wenig ausgemacht, daß der Vertrag nicht zustande kam. In Ermangelung der einen Sicherheit hätten wir dann wenigstens die andere gehabt, während wir heute leider zwischen beiden liegen.“

Die Bemühungen Poincarés gingen nun dahin, die Befehlsfrist so lange auszuweiden, bis Deutschland seine Schulden bezahlt habe. Er richtete einen entsprechenden Brief an Clemenceau, der von diesem an Wilson und Lloyd George weitergegeben wurde. Beide lehnten jedoch ab, Lloyd George mit der Begründung, daß die Befehlsfrist dann wahrscheinlich 30 Jahre dauern würde und daß durch eine solche schwere Proportation erneut eine Spannung, wenn nicht ein neuer Krieg in Europa entstehen würde. Lloyd George ging jedoch noch darüber hinaus und brachte einen Antrag ein, wonach die Befehlsfrist von 15 Jahren verringert werden könnte, wenn Deutschland den ersten Willen zeige, seine Verpflichtungen zu erfüllen. „Es war also“, so schreibt Poincaré, „lohnend seine Erinnerungen, der immer auf eine Verfürgung der Befehlsfrist drängte. Seine heutige Politik unterscheidet sich nicht von seiner früheren. Aber während damals Wilson und er uns Versprechungen machten, um uns Zugeständnisse zu entreißen, sind heute diese Versprechungen verlogen wie Nebelwässer. Haben wir also nicht das Recht zu behaupten, daß die Einwilligung Frankreichs zur Verfürgung der Befehlsfrist erfolghch war, und können wir nicht neue Garantien fordern?“

Der Streit um Westungarn.

Eine Note Tschekiens.

WTB. Genf, 13. Sept. Der Minister des Auswärtigen Dr. Benesch hat am Montag früh an die Vorkonferenz eine Note über die Ereignisse in Westungarn gerichtet. Die Note wurde gleichzeitig an die Regierungen der Großmächte und der rumänischen und südlawischen Regierung mitgeteilt. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die Ereignisse in Westungarn und betont, daß die tschecho-slowakische Regierung, ohne sofort unterzulegen zu wollen, wen die direkte Verantwortung trifft, mit Recht beunruhigt ist, und die Lage für vollkommen unerträglich halte. Dieser Zustand sei für den europäischen Frieden sehr gefährlich. Die tschecho-slowakische Regierung erlucht die Konferenz um Schritte, welche rasch den anarchoischen Zustand beseitigen würden, der durch Interventionen bewirkt sei, die der Minister für den Augenblick nicht beim wahren Namen nennen wolle. Dieser Zustand würde, wenn er sich auch nur einen einzigen Tag verlängern sollte, die schwersten Friedensarbeiten noch mehr erschweren. Die tschecho-slowakische Regierung habe sich in die westungarische Angelegenheit nicht eingemischt und werde dies bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge auch nicht tun. Doch dürfe die Ansicht nicht aufkommen, daß diese Aktion ohne Furcht vor Strafe unternommen werden könne. Die Note versichert, daß die tschecho-slowakische Regierung nichts ohne vollkommene Zustimmung der Vorkonferenz und der unmittelbaren Beteiligten unternehmen werde.

Keine italienische Hilfe?

WTB. Rom, 13. Sept. Einige Blätter haben behauptet, die italienische Regierung habe beschlossen, Truppen nach Ungarn zu schicken, wenn die Zwischenfälle im Burgenland nicht rasch gemäß den internationalen Verträgen beigelegt würden. Wie die Zeitungen heute melden, wird in amtlichen Kreisen erklärt, daß diese Nachrichten jeder Begründung entbehren. Italien habe wegen seiner besonderen Verhältnisse mit Oesterreich und Ungarn das größte Interesse an dieser sehr ersten Frage und aus diesem Grunde erklärt, es werde wie die anderen Mächte seine Stimme in der Auflockerung an Ungarn, die jetzigen Verträge zu achten, erheben. Italien habe indessen niemals die Absicht gehabt, die Initiative zu einer bewaffneten Intervention zu ergreifen, die, wenn sie notwendig werden würde, nur gemeinsam mit den Verbündeten stattfinden könne.

WTB. Rom, 12. Sept. Der Minister des Auswärtigen, Della Torretta, ist in Begleitung seines Kabinettschefs gestern Abend nach Wien abgereist.

Gesamtdemission des bayerischen Kabinetts.

WTB. München, 12. Sept. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Das gesamte Ministerium hat in seiner heutigen Sitzung die Lage erörtert. Hiernach ist das gesamte Ministerium zurückgetreten. Nach § 66 der Verfassung führen die Minister bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte weiter.

Kein Ausscheiden der Deutschnationalen in Bayern?

WTB. München, 13. Sept. (Drahtbericht.) Nach den an den Berliner Regierungsstellen vorliegenden Informationen über die bayerische Ministerkrisis kann noch nicht davon gesprochen werden, daß die Deutschnationalen aus der Münchener Koalition ausgeschieden seien. Lediglich der bisherige Vertreter der Deutschnationalen im Münchener Kabinett sei zurückgetreten. Das behänge noch nicht, daß die Koalition als solche sich ändere. Ueber die Nachfolgerschaft Kahrs und auch des Justizministers Roth, ist an den Berliner Stellen noch nichts bekannt geworden.

Die Verhandlungen im Ueberwachungsausschuß.

WTB. Berlin, 13. Sept. (Drahtbericht.) Gestern tagte der 8. Ausschuß des Reichstages (Ueberwachungsausschuß), um sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen der Reichsregierung mit der Bayerischen Landesregierung zu beschäftigen. Abg. Dr. Weyerle (Bayr. Vpt.) kennzeichnet die augenblickliche Lage der bayerischen Krisis und beschuldigt sie ausdrücklich mit den Forderungen des Ständigen Ausschusses des Bayerischen Landtages. Der Ernst der Lage ergebe sich aus der Einstimmigkeit, mit der sämtliche Parteien der bayerischen Koalition die Forderungen gestellt haben. Der Fall habe gelehrt, daß die Handhabung der Exekutive durch die Reichsgewalt in einer dem Gesamtwohl abträglichen Weise politische Erschütterungen schwerster Art ausgelöst habe, die im vaterländischen Interesse vermieden werden müßten.

Reichsanwalt Dr. Wirth legte dar, daß die Forderungen des § 4 in München keine Annahme gefunden hätten. Zur allgemeinen Lage glaube er folgendes sagen zu können: Offizielle Äußerungen der bayerischen Regierung liegen noch nicht vor. Er habe sich nur kurz mit dem bayerischen Gesandten, Herrn von Preger, unterhalten können. Er nehme auch an, daß die bayerischen Koalitionsparteien entweder für sich oder durch die Regierung neue Verhandlungen eröffnen würden. Bisher sei es nicht möglich, heute abschließend dem Verlangen der bayerischen Koalitionsparteien zu entsprechen. Durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten von Kahrs sei eine neue Situation geschaffen worden. Zu den Mitteilungen, die von der bayerischen Regierung wohl noch offiziell kommen würden, werde die Reichsregierung Stellung nehmen müssen. Er wolle heute keinen Zweifel darüber lassen, daß es nur erwünscht sein könne, rasch in eine solche Aussprache mit den dazu beauftragten Herren einzutreten zu können. Wenn das noch heute geschehen könne, sei das erwünschteste, als wenn es erst morgen geschehe. Er sei auch durchaus der Auffassung, daß es im Hinblick auf die verschiedentlich geführten Verhandlungen nicht als unmöglich erscheine, zu einer annehmbaren Basis zu kommen.

Die bayerische Antwort.

WTB. Berlin, 13. Sept. Nach einer Münchener Meldung des „Berl. Tagbl.“ ist die bayerische Antwort in der vom Landtagsausschuß beschlossenen Fassung gestern nach Berlin abgegangen. Von der abermaligen Entsendung einer Abordnung wurde abgesehen und die Erledigung der Angelegenheit auf den geschäftsmäßigen Weg (Gesandter v. Preger und Abg. Beyerlen) verwiesen.

Paris zu Kahrs Rücktritt.

J. Paris, 12. Sept. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die Demission des bayerischen Ministerpräsidenten von Kahrs wird in der Pariser Öffentlichkeit lebhaft besprochen. Man hält dafür, daß es sich noch nicht um eine vollzogene Aufgabe handele, doch sei es zweifellos, daß ein endgültiges Ausscheiden von Kahrs aus der deutschen Politik in politischen Kreisen lebhaft begrüßt werden würde. Das „Echo de Paris“ schreibt: Die Haltung der Kommission des bayerischen Landtages ist eine schwere Niederlage für die Parteien der Rechten. Sie hatten sich Hoffnungen gemacht für einen offenen Widerstand Bayerns gegenüber der Reichsregierung und diese Hoffnung ist nun enttäuscht worden. Die „Information“ fragt sich, ob es sich bei dem Rücktritt nicht um ein bloßes Manöver handele. Die Festigkeit des republikanischen Regimes in Deutschland und damit die weitestgehenden Beziehungen des Reiches zu den Entente-Ländern hänge von der Schaffung der drei Regierungen ab, nämlich der Regierungen in Bayern, Preußen und im Reich. Die Reichsregierung habe unzweifelhaft den Beweis der Loyalität gegeben. Die Lage Deutschlands könne sich nur verbessern, wenn die Kabinete von Preußen und Bayern diesem Beispiel der Zentralregierung folgen würden. Das „Journal des Debats“ bezeichnet den Rücktritt Kahrs als einen Ausbruch einer Art von stiller Bürgerkrieg. Die Berliner Arbeiterbevölkerung sei es, bei der die Alliierten die nötige Unterstützung für die Durchführung des Vertrages von Versailles finden könnten. Ludendorff sei in Bayern aufständisch; denn Bayern sei das Nest aller reaktionären Mächenschaften. Die Frage sei, ob es das auch in Zukunft bleiben werde.

Rückkehr der Flüchtlinge nach Oberschlesien.

WTB. Dppeln, 13. Sept. (Drahtbericht.) Der Flüchtlingskommissar für Oberschlesien erklärt einen Aufruf zur Rückkehr von Flüchtlingen nach Oberschlesien. In diesem Aufruf heißt es: Die Sicherheitsverhältnisse im obereschlesischen Abstammungsgebiet haben sich sehr gebessert. Um den Flüchtlingen die Einreise ins Abstammungsgebiet zu ermöglichen, hat die Interalliierte Kommission in Dppeln folgende Bestimmung getroffen: Flüchtlinge richten an den Kreisinspektor, in dessen Bereich ihr Wohnort ist, ein Verzeichnis. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein Verzeichnis eines französischen Konsulats nicht erforderlich ist.

Wiederaufnahme der Arbeit in Berlin.

WTB. Berlin, 13. Sept. (Drahtbericht.) Der Magistrat hat in seiner außerordentlichen Sitzung beschlossen, in Verhandlungen über einen Tarifvertrag einzutreten und hat dies den Vertretern der Angestelltenverbände mitgeteilt. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist teilweise gestern Abend noch erfolgt.

Nicht Vertrauensbrüche!

Die fortgesetzten Verletzungen der Bestimmungen des Saarbedenabkommens durch die Saarregierung haben Veranlassung zu einer Kundgebung zur Deutscherhaltung des Saargebietes, die in Halle a. S. bei sehr starker Beteiligung aus allen Volksschichten und Vertretern aller politischen Parteien stattfand.

Die zur heutigen Kundgebung zur Deutscherhaltung des Saargebietes in Halle versammelten deutschen Männer und Frauen gedenken ihrer Brüder und Schwestern im Saargebiet in dankbarer Anerkennung ihrer treudeutschen Haltung trotz aller politischen und wirtschaftlichen Bedrückungen durch die französischen Machthaber.

1. daß das Schicksal des Saargebietes auf der Pariser Vorfriedenskonferenz durch die bewußt unwahre Behauptung Clemenceaus, im Saargebiet wünschten 150 000 Franzosen den Anschluß an Frankreich entschieden wurde. Tatsache ist, daß vor der Besetzung keine 50 National-Franzosen an der Saar wohnten;

2. daß auf die falschen Behauptungen Clemenceaus hin die Pariser Friedenskonferenz für das Saargebiet eine vom Völkerbund zu bestimmende Kommission vorsetzte, die das Saargebiet zu treuen Händen verwalten und die Rechte und Wohlfahrt der Bevölkerung an der Saar sicherstellen sollte;

3. daß diese Kommission, die Saarregierung, sich unter dem beherrschenden französischen Einfluß ihres Präsidenten Rault in keiner Weise an ihre Aufgaben und an ihre Anweisungen gehalten hat. Ihre einundneunzigjährige Tätigkeit stellt eine fortgesetzte Verletzung der Bestimmungen des Saarbedenabkommens dar.

Als solche seien hier u. a. aufgeführt:

- 1. Verzicht zur Schaffung des „Saarstaates“ unter völliger Abtrennung vom deutschen Mutterlande;
2. Beibehaltung der französischen Besatzungstruppen und Verwendung französischer Gendarmen im Saargebiet;
3. Beibehaltung der französischen Kriegsgerichte und Aburteilung von deutschen Zivilpersonen;
4. Ausweisung von deutschen Saargebietsbewohnern aus ihrer Heimat;
5. Abänderung der deutschen Staatsangehörigkeit der deutschen Saargebietsbewohner durch Schaffung des Begriffs „Saarbewohner“;
6. Abänderung der deutschen Luftgesetzgebung;
7. Verdrängung der Marktwährung durch Begünstigung und zwangsweise Einführung der Frankenwährung;
8. Begünstigung der französischen Propaganda jeglicher Art im Saargebiet.

Diese Verletzung des Friedensabkommens von Versailles laufen durchaus parallel mit den Annexionsabsichten Frankreichs im Saargebiet. Die Regierungskommission erklärt sich somit als Organ der französischen Politik, die jede Kulturverbindung der deutschen Saarbewohner mit ihrem Mutterlande als staatsgefährlich unterbindet.

Gegen diesen offensiblen Bruch der Bestimmungen des Versailler Vertrages hinsichtlich des Saargebietes durch die Saarregierung muß schärfster Protest erhoben werden. Die Reichsregierung muß gegen die Nichtachtung der dem Saarbewohner im Saarbedenabkommen ausdrücklich zugesagten „Sicherheit ihrer Rechte und ihrer Wohlfahrt“ durch die Saarregierung und gegen den Verzicht dieser Völkerbundskommission das Saargebiet im französischen Sinne zu verwalten und damit die Abstimmlung zugunsten Frankreichs nach 15 Jahren zu beeinflussen, mit allen Mitteln Einspruch erheben.

Sämtliche politischen Parteien unseres Vaterlandes werden gebeten, allen Parteimitgliedern zu empfehlen, es gilt, für die nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der deutschen Brüder und Schwestern in den besetzten und bedrohten Gebieten einzutreten. Den deutschen Parteien und der deutschen Presse aber sei die dringende Mahnung zugerufen: „Verzeht nie und nimmer das deutsche Saargebiet und die treuen Saardeutschen.“

Politik auf lange Sicht.

— Berlin, 10. Sept. Ueber Realpolitik oder Stimmungs- und Schreibe in „Der Deutsche“ Ministerpräsident Stöcker über die Verhandlungen des Reichstages des preussischen Landtages Leinert: In Sachen der Umwidmung der preussischen Regierung sind in der Presse einige Unrichtigkeiten unterlaufen. Die Verhandlungen sind nicht, wie vielfach angenommen wird, völlig ergebnislos verlaufen. Zudem sind die ehemaligen Koalitionsparteien, unter denen große Zustimmung bestand, wieder an einen Verhandlungstisch gebracht worden. Dann sind sämtliche Beteiligten nunmehr vor die Frage gestellt, die Angelegenheit im Reich und in Preußen unter einem einheitlichen Gesichtspunkt zu behandeln. Bisher waren die Parteien der Klärung der einschlägigen Fragen dadurch meist ausgewichen, daß sie dem preussischen Ministerpräsidenten die handhabende Rolle zusprachen. Gegenüber der gegenwärtigen politischen Gesamtsituation vertritt ich die Meinung, daß nicht die Parteigränzen der Vergangenheit den Ausgangspunkt für die Politik im nächsten Winter abzugeben haben, sondern die Frage: Wie kommt das deutsche Volk am ehesten aus dem gegenwärtigen Elend heraus. Dafür ist neben einer festen und klaren Innen- und Außenpolitik eines der ersten Erfordernisse die Stabilisierung der Mark. Das Finanzprogramm der Reichsregierung wird in der Hauptsache von folgender Basis auszugehen haben:

- 1. Gerechter Ausgleich zwischen Besitz- und Massenverbrauchssteuern.

Theater und Kunst.

Bad. Landestheater. Am Freitag den 18. September geht der „Arfaust“ (Goethes „Faust“ in ursprünglicher Gestalt) hier zum ersten Male in Szene. Die erst vor kaum fünfzig Jahren durch Erich Schmidt entdeckte Abschrift dieser wahrscheinlich ältesten Form des „Faust“ ist für die Aufhellung der Entstehungsgeschichte des gigantischen Werks von unschätzbare Bedeutung geworden. Schon vor seiner Weimarer Zeit vom jungen Goethe niedergeschrieben, läßt diese Fassung, die als die früheste gelten muß, schon das große Grundproblem des Faustgedichts in seiner ganzen Tiefe erkennen; die Himmel und Hölle zum Kampf aufrufende Feindschaft zwischen Stoff und Geist, der Mächte des Sinnen- und Triebens wider die Herrschaft des Sinnes, des Chaos wider den Kosmos. — Noch klaffen Lücken, es fehlen notwendige Verknüpfungen, wichtige Zwischenlieder. Aber aus allem fragmentarischen, Unabgeschlossenen spricht und leuchtet der tauschende Glanz des Ursprünglichen. Nur die Grottentragödie erscheint hier bereits der späteren Vollendung so angedeutet, daß sie als noch unferlig kaum wird empfunden werden. Die Rezerzene, noch nicht zur Reife gediehen, ergreift durch die quellende Kraft ihrer ungebundenen Prosa vielleicht noch unmittelbarer, als in der endgültigen geklärten Fassung. Die Schauspiel-Erstaufführungen des neuen Spieljahres dürften durch diese Vorleistung eine ungemein reiche Einleitung erfahren. — Als erster Konzertmeister ist Herr Ottomar Voigt vom Landestheater in Schwerin verpflichtet worden; er hat seine Stelle bereits angetreten.

Mannheimer Nationaltheater.

Beatrice und Benedikt. (Erstaufführung.) Das graziose Werkchen „Beatrice und Benedikt“ von Hector Berlioz, das einst in Baden-Baden seine Uraufführung erlebte, gehört ganz in die Reihe der Opern, bei denen nicht nur das Schwerkraft, sondern der eigentliche Wert in der Musik liegt. Zwar fehlt selbst ihr der tiefe einende Zug, der auch den kleinen deutschen Opern eigen ist, doch liegt der Grund dafür zum großen Teil in der Handlung, die sich auf Shakespeares Lustspiel „Viel Lärm um nichts“, ferner auf dem mehr äußerlichen Vereinnahmung eines ehefeindlichen Paares, aufbaut und wenig bühnenwirksame Momente

2. Größerer Eingriff in die Vermögenssubstanz, der sich nicht wird vermeiden lassen, und

3. Ausreichende Beschaffung von Devisen.

Was die Reichsregierung braucht, sind langfristige Kredite und ausländische Devisen. Beide sind ohne opferwillige und überzeugende Hilfe der Exportindustrie und des Großhandels nicht zu beschaffen. Schon früher habe ich ausgesprochen, daß die beiden hauptsächlichsten Aufgaben Preußens in der nächsten Zeit in der Balancierung des Etats und in der Durchführung der Verwaltungsreform bestehen. Für diese Aufgaben sind nicht weniger als sechs zusammenhängende Gesetze erforderlich. Dabei spielt die Frage eine entscheidende Rolle, was künftig aus Preußen werden soll und wie das organische Verhältnis zwischen Reich und Ländern zu gestalten ist. Diese beiden großen Aufgaben sind im Hinblick auf ihre ungeheure Bedeutung nur auf breiter Koalition und nur bei allseitiger Verantwortung und gegenseitigem guten Willen lösbar. Mit einer schmalen Koalition lassen sie sich nicht durchführen. Die Stunde ist gekommen, in der sowohl das Reich als auch Preußen seine Politik auf längere Sicht einstellen müssen. Reich und Preußen können Uebergangskabinett nicht mehr gebrauchen. Voraussetzung für jede Teilnahme an der Koalition ist: Anerkennung der Verfassung und ihre Vertretung mit allen staatlichen Machtmitteln nach allen Seiten und Ausbau der Verwaltung im Sinne und Geiste der Verfassung. Dafür ist im Reich und in Preußen eine Mehrheit vorhanden. Auch die Modalitäten für ihre Zusammenfassung lassen sich finden.

Die Steuern im Reichswirtschaftsrat.

— Berlin, 12. Sept. Der Vorsitzende Eder von Braun betonte die Notwendigkeit, die Beratung der Steuergeetze noch dieser Woche zu Ende zu führen. Oberbürgermeister Mißlaff erstattete Bericht über die Ergebnisse der Mittelungen, die in Sachen des Gesuchs von Vertretern der Abt. 1 beim Reichskanzler angestellt worden sind. Es handelte sich dabei um einen Protest gegen die Annahme des Ultimatus. Der Vorstand hat entschieden, daß ein solches Verhalten grundsätzlich zu billigen sei. — Zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wird Oberbürgermeister Mißlaff als Vertreter der Abt. 3 mit 197 von 204 Stimmen gewählt. Bei der hierauf folgenden Beratung des Biersteuergeetzes wurden die inzwischen gestellten Anträge mit der Beratung verbunden. Zum Kennwertsteuergezet erstattete Schriftsteller Georg Bernhard den Bericht des Reparationsausschusses. Während die Regierung die Steuer für den Totalfaktor auf 16 1/2 Proz. und für die Buchmacher auf 10 Proz. festlegen will, beantragte der Ausschuss sie für den Totalfaktor auf 20 Proz., für die Buchmacher auf 14 Proz. zu normieren. Ein Antrag von Braun will die Steuer gleichmäßig für beide auf 20 Proz. festlegen, da einem Rückgang der Totalfaktorergebnisse vorgebeugt werden müßte. In der Abstimmung wird die Vorlage gemäß den Ausschußanträgen angenommen. Die Totalfaktorsteuer wird auf 20 Proz., die Buchmacherabgabe ebenfalls auf 20 Proz. gemäß dem Antrage Brauns mit 107 gegen 96 Stimmen festgelegt.

Nunmehr folgt die Generaldebatte zu den Steuergeetzen. Dr. Berthold begründet einen Antrag, der davon ausgeht, daß die Grenze der Belastungsfähigkeit unter Berücksichtigung der gesamten öffentlichen Belastung zu ziehen ist. Redner verlangt, daß sämtliche Steuern auf ein einheitliches Ganzes verabschiedet werden sollen. Der Antrag Berthold wird angenommen. — Oberbürgermeister Mißlaff beantragt Ausarbeitung von Vorschlägen für eine Neuorganisation des Steuerwesens dergestalt, daß die Organisation der Länder, Gemeinden und anderen Selbstverwaltungskörper für Reichszwecke nutzbar zu machen sind. Der Antrag wird angenommen. — Arbeiterkörpervertreter Dr. Hentle beantragt, die Steuerbefreiung, folger Körperkündigen, soweit sie gewerbliche Unternehmungen betreiben, zu streichen. — Oberbürgermeister Voigt-Frankfurt erkennt die Bedeutung dieses Antrages an. Dem Vorlage würden viele Millionen zufließen, aber ob das Reich diese Gelder behalten könne, nachdem es den Gemeinden schon so viele Einnahmequellen genommen habe, halte er für höchst zweifelhaft. Er sah für diese Vorfälle sei den Gemeinden nicht möglich, da Gas- und Wasserpreise nicht mehr erhöht werden könnten. Die Kommunalbetriebe seien nicht reine Erwerbsunternehmungen, sondern dienten teilweise der öffentlichen Wohlfahrtspflege. Der Redner beantragt Ueberweisung des Antrages an den finanzpolitischen Ausschuss und Einziehung von Sachverständigen. — Dr. Wilsdorf (Arbeitnehmer) wünscht Ueberweisung des Antrages an den Reparationsausschuss. Es wird beschloffen, die Beratung auf morgen zu versetzen und dann durch einen Generalberichterstatter Arbeit über die Arbeiten des Ausschusses zu schaffen. Der Antrag Hentle wird an den Reparationsausschuss verwiesen. Dienstag vormittag 10 Uhr: Weiterberatung. Schluß 2 Uhr.

Kein demokratischer Parteitag in Köln.

— Köln, 13. Sept. (Drahtbericht.) Die Verhandlungen des Hauptgeschäftsführers der Deutschen Demokratischen Partei mit dem englischen Mitglied der interalliierten Rheinlandskommission Oberstleutnant Pigot hatten das Resultat, daß der Parteitag nicht in Köln, wie ursprünglich geplant, stattfinden wird. Die Interalliierte Rheinlandskommission hat die Abhaltung des Parteitages in Köln nicht als erwünscht erachtet.

Wahlergebnis in Thüringen.

— Eisenach, 13. Sept. (Drahtbericht.) Das bisherige Landtagswahlergebnis zeigt eine leichte Verschiebung zugunsten der Rechtsparteien. Es erhielten Stimmen: die S.P.D. 100 477, die Deutsche Volkspartei 95 510, U.S.P. 84 666, Landbund 78 390, Kommunisten 46 284, Deutschnationale Volkspartei 41 994, Demokraten 29 039. Sämtliche bürgerliche Parteien haben 245 587, Sozialisten und Kommunisten 231 307 Stimmen.

aufweist. Das konnte nicht ohne Einfluß auf die Musik bleiben, die nur aus einer Reihe erlebter Konzerten zusammengestellt ist, welche nur der Renner in ihrer musikalischen Feinheit und großen Leichtigkeit ganz zu würdigen weiß. Die solistische Partie in der ersten Fassung dieser vorwiegend lyrischen Oper ist das Duett zwischen Hero und Ariska am Ende des ersten Aktes, das schon in der Uebersetzung gestreift wird; eine hübsche Gegenpartie aber hat Berlioz durch die Erfindung und Einfügung eines Musikmeisters geschaffen, dessen größter Humor die Eigenheiten der Meister des Tafelstodes mit nicht findendem, aber gutmütigem Spott überzieht und bei guter Wirkung stets den Zweck der ganzen Oper besonders glänzend erreicht wird: das Werkchen fordert Abkehr vom Alltagselend und Entleer in das heitere Reich dieser nur das Schöne malenden Musik.

Intendant D. Adolf Kraeher hatte die Oper selbst in Szene gesetzt und durch den rechten Bühnenaufbau getroffen, dessen romantischer Reiz den Sinn der Musik für weniger „Heißebröte“ schon rein bildlich andeuten wollte. Felix Lederer hatte die musikalische Leitung übernommen, und da Orchester und Chor bereitwillig auf seine bald befürwortete, bald sein abtönende Stabsführung einließen, war der Erfolg in dieser Richtung hin sicher. Auch die Solisten waren mit Liebe bei ihrer Aufgabe, und so hatten wir zwei Paare glücklicher Wahl in Elise Tuschka und Felix Parling (Beatrice und Benedikt), in Verta Molin und Josef Burgwinkel (Hero und Claudio), einen nächsten General in Wilhelm Fentz und einen nicht minder köstlichen Musikmeister in Karl Mann. In ihrer Mitte mußten zum Schluß der Intendant und der Dirigent den Dank eines beifallsfreudigen Publikums entgegennehmen H.R.

— Neue Operetten. Unser Berliner Theaterreferent schreibt uns: Zu den neuen Gilbert und Strauß, über deren große Erfolge berichtet wurde, kommen zwei neue Uraufführungen von Operetten Walter Brommes und Walters Kollas, Orenfomsky und Steinberg, die Librettisten Brommes, nannten ihr Werkchen „Schäm dich, Lotte!“ Im ersten Akt recht lahm, gewinnt die Operette im zweiten und dritten Akt mehr Niveau: den Autoren fällt mancherlei ein, und auch der Musikus Bromme wird lebendiger, wenn er auch im alten Fahrwasser der „Schlager“ schwimmt. Das Publikum, dem die Geschichte von dem Baron, der sich als Bildhauer ausgibt, um die Geliebte einmal als Modell bewundern zu können, und sie schließlich heiratet,

Aus Baden.

Aus der Deutschen Demokratischen Partei.

Der uns gestern von einer hiesigen Zeitungskorrespondenz über die Sitzung des Landesauschusses der Deutschen Demokratischen Partei übermittelte Bericht gibt infolge von dem betreffenden Bureau willkürlich vorgenommener Aenderungen ein entstelltes Bild. Wir geben daher auch dem von der offiziellen Parteikorrespondenz (Badische Politische Korrespondenz) herausgegebenen Bericht Raum. Danach war die Landtagsfraktion der Partei nahezu vollständig erschienen, auch die beiden demokratischen Mitglieder der badischen Regierung und die beiden Reichstagsabgeordneten der Partei waren zugegen. Ein längeres Referat des Parteivorsitzenden, Minister Hummel, über die derzeitige politische Lage leitete die Verhandlungen ein.

Für die deutsche Politik, so führte der Redner u. a. aus, handelt es sich um drei große und wichtige Kernprobleme: Am Obersten ist die Reparationsverhandlungen mit der Entente und die Steuerfragen. Man darf sich durch noch so aufregende Einzelsorgänge den Blick für diese Lebensfragen des deutschen Volkes nicht trüben lassen. Der Nord- und Ostpreußen sei eine Schandtat und müsse ohne Einschränkung zurückerzogen werden, auch weil er zurückzuführen sei auf die geringe Achtung vor dem Menschenleben und der Staatsgewalt. Man dürfe nicht eine bestimmte politische Partei für den Nord vorantworlich machen. Aber wenn die Achtung vor der Staatsgewalt und den verantwortlichen Männern der Regierung so schwer bedrückt worden sei, so rühre das zum großen Teil daher, daß die Preorgane der Rechten die Einrichtungen des Staates und die führenden Staatsmänner so herabwürdigend behandelt hätten, daß in vielen Köpfen der Eindrud entstanden sei, man tue ein gutes Werk, wenn diese Männer beseitigt würden. Selbstverständlich müsse aber auch die Sprache der radikalen Linken verurteilt werden. Dingen gegenüber müsse dafür gesorgt werden, daß die Deutsche Demokratische Partei sicher und zielbewußt auf dem Boden der heutigen staatsrechtlichen Verhältnisse sich zum Träger einer wirklichen demokratischen Politik mache. Durch die Erregung, die sich weiter Kreise des Volkes im Anschluß an die Schüsse in Bad Griesbach bemächtigt habe, sei die Reichsregierung in eine Zwangslage gekommen. Die Verordnungen des Reichspräsidenten über das Uniformgesetz spreche nur das aus, was schon im alten Staat rechtens war. Verordnungen über die Presse- und Versammlungsfreiheit müßten von den Ländern gebekt werden. Ihre vernünftige und unparteiische Anwendung nach Rechts und Links müsse garantiert werden. Das von dem badischen Ministerium des Innern ausgesprochene Verbot von vier Regimentsfesten sei erfolgt im Zusammenhang mit Ereignissen, die bei zurückgebliebenen Fällen dieser Art vorgekommen seien. Wenn die Zeiten sich beruhigt hätten und wenn die Regimentsfesten nicht zu parteipolitischer Agitation mißbraucht würden, sondern lediglich den Charakter von kameradschaftlichen Zusammenkünften hätten, dürfe man ihrer Abhaltung keine Schwierigkeiten mehr in den Weg legen. Unverantwortlich sei es, wenn der „Bund der Aufrechten“ in der jetzigen Zeit der allgemeinen Erregung noch zu einer monarchistischen Kundgebung nach Heidelberg eingeladen habe. Den badischen Richtern und Staatsanwälten sei es an dem dort gegen sie getriebenen Werke. Richter und Staatsanwälte hätten keinen Anlaß dazu gegeben, daß man in der Öffentlichkeit den Vorwurf gegen sie erhebe, sie hätten ihre Pflicht nicht getan. Zu der Frage der Regierungsumbildung im Reich und in Preußen jagte der Redner, daß eine Verbreiterung der Koalition selbstverständlich nur zu begrüßen sei. Die Demokratische Partei sollte aber Zurückhaltung üben und keiner anderen Partei nachlaufen. Der Redner schloß mit der nochmaligen Betonung der Notwendigkeit einer demokratischen Politik. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

In einer sehr regen Aussprache wurde den grundsätzlichen Darlegungen des Referenten durchweg zugestimmt. So daß dieser in seinen Schlussworten feststellen konnte, daß die Partei, völlig einmütig und geschlossen in die bevorstehende Wahlarbeit eintrete.

Im weiteren Verlauf der Sitzung besaßte sich der Landesauschuss mit der Vorbereitung der Landtagswahl. Die Vorsitzenden der sieben Wahlkreisverbände erstatteten Bericht über die Kandidatenaufstellung, die in sämtlichen Wahlkreisen soweit geübt ist, daß die vollständige Kandidatenliste demnächst veröffentlicht werden kann. Die von den einzelnen Wahlkreisen aufgestellten Spitzenkandidaten sind bereits in der Presse bekanntgegeben worden. Schließlich wurde noch die Landesliste aufgestellt, deren Veröffentlichung zusammen mit den Wahlkreislisten erfolgen wird.

Nach fünfstündiger Dauer konnte der Vorsitzende, Minister Hummel, die in guter und zuverlässiger Stimmung verlaufene Tagung schließen.

Abg. Red kandidiert nicht mehr.

Der Wahlkreisauschuss der Deutschen Demokratischen Partei im 5. badischen Landtagswahlkreis (Kreis Karlsruhe) hatte seinerzeit beschlossen, den Landtagsabgeordneten und Bürgermeister V. Red von Eggenstein auf die zweite Stelle der Vorschlagsliste für die kommenden Landtagswahlen zu setzen. Red hat auf die Kandidatur verzichtet; wegen eines Leberleidens ist ihm vom Arzt jede öffentliche Betätigung für die nächste Zeit unterlag worden. Damit scheidet Red nach sechsjähriger Tätigkeit vorläufig aus dem parlamentarischen Leben aus. Er gehörte der zweiten Kammer der badischen Landstände von 1905 bis zum Ausbruch der Revolution als Vertreter des damaligen 40. Landtagswahlkreises (Karlsruhe-Land).

Laxin-Konfekt. Ärztlich empfohlen bei Darmträgheit, Hämorrhoiden.

sehr gut gefiel, begrüßte die neuen Schläger mit Enthusiasmus, so daß sie bald die Runde durch die Cafés machen werden. Die Ausführung mit Lichtstein, Elise Müller, Dora Frach und Trummer in den Hauptrollen zeigt besonders in den parodistisch-grotesken Szenen Schmitz, worauf es ja bei diesem Genre hauptsächlich ankommt. — Vier Lieddichter und ein Komponist. Ein bischen viel Wäter für ein einziges Operettenband, aber die Frucht der Mühe. Die Königin der Nacht“ von Walter Kollo und diversen Textgelehrten gemacht, ist nicht so über als man zuerst befürchtet. Zwar gibt es nicht mehr als üblich an Geist, Tiefe und dramatischer Bewegung, aber aus dem Klingklang und Farbendruckeiner leuchtet das Lachen eines übermütigen blonden Wuschelkopfes der Alice Hech gehört, die das Publikum durch gute Laune, frische Natürlichkeit und recht erhellende Stimmgebung fortzieht. Ferris Silla unterflicht sie als durchgehender alter Sünder mit gewohnter Frohheit. Eine sehr nette Nebenrolle spielt Herbert Paulmüller als Großvater geniesender Kantsleirat. In Kostümen und Dekorationen war das Menschennüchliche geleistet worden.

Richard Strauß-Ballette. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat Dr. Richard Strauß in Garmisch ein heiteres, zweifaches Ballett, das in Wien spielt, geschrieben. Zusammen mit seiner „Josephslegende“ wird es einen Abend füllen. Die Aufführung soll in der Saison 1922/23, vermutlich in Wien, erfolgen.

— Jubelfeier im Velizacius-Museum zu Hildesheim. Am 6. September feierte der aus Hildesheim stammende Großkaufmann Wilhelm Velizacius. Ehrenbürger seiner Vaterstadt, seinen 70. Geburtstag. Sein Name wurde kräftig in der Defenkllichkeit viel genannt, als die Universität Göttingen ihm wegen seiner Verdienste um das wissenschaftliche Leben Deutschlands und besonders in der Provinz Hannover die Würde eines Dr. phil. h. c. verlieh. Er hat nahezu sein ganzes Leben in Kairo in kaufmännischer und baltischer Betätigung verbracht und über vier Jahrzehnte hindurch Mitarbeiter gesammelt, die er 1911 seiner Vaterstadt Hildesheim als ein wohlgeordnetes und mit erlebtem Geschmack aufgestelltes Museum übergab. Das Museum ist nicht nur eine Schaulammlung, sondern nach den Stiftungsbestimmungen von Velizacius als ein wissenschaftliches Institut ausgebaut, das in enger Beziehung zur Universität Göttingen steht und den Göttinger Studierenden durch Reisen beihilfen den Besuch erleichtert.

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Handelszeitung der Badischen Presse.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Arbeitsmarktlage kennzeichnet sich dadurch, daß sowohl die Zahl der unterstützten Arbeitslosen als auch die der unterstützten Kurzarbeiter weiterhin gesunken ist. Erstere belief sich am Ende der Berichtswochen auf 2359 gegenüber 2406 von der Vorwoche, letztere auf 596 (744). Mit Kostendarstellungen sind gegenwärtig 2559 Arbeiter beschäftigt.

Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt ist, wie schon in den Vorwochen, ruhiger geworden.

In der chemischen Industrie bestand im Unterlande teilweise erhöhte Nachfrage nach Arbeiterinnen, die jedoch mit dem am Blau vorzuhaltenden Arbeitsfaden bedrängt werden konnte.

In der Industrie der Steine wurden (Sandstein- und insbesondere Granit-)Bauer gesucht, auch Ziegler wurden da und dort noch trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit verlangt.

Die Arbeitsmöglichkeiten in Metall- und Maschinenindustrie haben sich wiederum um ein Geringes vermehrt, insbesondere wurden Kupferschmiede angefordert. Die Porzellan- und Edelmetallindustrie erfährt weiterhin eine schwache Belebung, zur Zeit arbeiten in 37 Betrieben noch 600 Arbeiter und Arbeiterinnen gegenüber 900 von der Vorwoche auf Kurzarbeit.

Die Textilindustrie beschäftigt in Lörrach und Säckingen Weber und Weberinnen. Besonders am letzteren Ort ist der Bedarf erheblich: Das Städt. Arbeitsamt Säckingen hat 60 Seidenstoffweber bzw. Weberinnen, ferner 19—15 Seidenbandweber bzw. Weberinnen, mehrere Zettlerinnen, Webereiarbeiterinnen, Einzelweberinnen und Weberinnen angefordert.

In der Lederindustrie zeigte sich von örtlichen Besserungen abgesehen, keine nennenswerte Veränderung. Der beginnende Herbst hat im Holzgewerbe zu gesteigerter Nachfrage nach Käufern geführt, wie auch sonst im Holz- und Schnitzstoffgewerbe tüchtige Kräfte (Möbelschreiner insbesondere in Freiburg und Karlsruhe) gesucht sind.

Im Nahrungsmittelgewerbe ist zwar die Arbeitslosigkeit der Bäcker und Metzger immer noch sehr groß, doch zeigten sich wenigstens vereinzelt Spuren einer geringen Besserung.

Auch der Bedarf an Arbeitskräften im Schuhmachergewerbe hat da und dort schwach angezogen, während nach Schneidern schon länger ziemlich lebhaft Nachfrage besteht.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe macht sich bereits der Saisonrückgang bemerkbar, doch ist weibliches Küchenpersonal immer noch sehr gefragt.

Neueinstellungen erfolgten bei 3 Betrieben, die insgesamt 49 Mann aufnahmen.

Industrie und Handel.

dt. Benz u. Cie., Rheinische Automobil- und Motorenfabrik A.-G., Mannheim. Die heute unter dem Vorsitz von Geheimrat Dr. Proffen-Mannheim abgehaltene ordentliche Generalversammlung, in der 59 Aktionäre 17 633 Stamm- und 24 000 Vorzugsaktien, zusammen also 41 633 Aktien vertreten, wurden sämtliche Anträge der Verwaltung genehmigt und die Dividende auf 6 Proz. festgesetzt. Die Schließung des alten Benzwerkes in der Neckarstadt, die auch schon Beratungsgegenstand des badischen Landtags wegen der Arbeitslosigkeit war, wurde auch durch eine Anfrage berührt, da etwas über 100 ältere Angestellte zur Entlassung kommen. Der Vorsitzende erklärte hierzu, daß dieser Betrieb für nationale Kleinmotoren nicht vollständig geschlossen wurde mit Rücksicht auf die Arbeiter und Angestellten. Wenn die Verwaltung sich lediglich von den Interessen der Aktionäre leiten lassen würde, müßte dieser Betrieb vollständig geschlossen werden, da er mit starker Unterbilanz arbeite, eine schwere Belastung der Gesellschaft darstelle und die erfreulichen Resultate der anderen Abteilungen wesentlich herabmindere. Die Verwaltung wolle eben in dem Interesse dieser Arbeiter und Angestellten verfahren, den Betrieb in gewissem Umfange auch weiter aufrecht zu erhalten, wie lange dies möglich sei, könne aber nicht gesagt werden. Die ungünstige Gestaltung der Verhältnisse dieses Betriebszweiges liege weder in der Schuld der Verwaltung noch der Arbeiter und Angestellten, sondern in der Konsequenz des Friedensvertrages, durch den die Abwicklung vollständig getragener worden sei. Es wären dort namentlich U-Boot-Motoren gebaut worden, durch die sich die Firma einen Weltreputation für diese Spezialitäten erworben habe. Deutschland dürfe aber bekanntlich keine U-Boote mehr bauen und auch keine Motoren selbst für das Ausland anfertigen, so daß man machtlos den Verhältnissen gegenüberstehe. In den übrigen Abteilungen sei man gegenwärtig zufriedenstellend beschäftigt, wie sich aber die Zukunft weiter gestalten, könne nicht vorausgesetzt werden. Bedauerlich sei es, daß trotz der gewaltigen Umsätze des Unternehmens und der Ausgabe von etwa 147 Millionen Mark für Löhne, Gehälter usw. die Aktionäre sich mit der heute sehr bescheidenen Dividende von 6 Proz. begnügen müßten. Man hoffe aber, im nächsten Jahre eine höhere Dividende ausschütten zu können. Der mit 2 Mill. Mark dotierte Werterhaltungsfonds wurde in keiner Weise als zu hoch betrachtet, selbst wenn man berücksichtigt, daß eine Reihe von Anlagen sehr nieder zu Buch stünden.

dt. Schuh- und Schäftefabrik Bonndorf. Unter dieser Firma haben sich die beiden Bonndorfer Schuhfabriken zu einem Betrieb vereinigt. Die beiden Gesellschaften werden liquidieren und die neue Firma in dem Schuhfabrikgebäude den Geschäftsbetrieb weiterführen. Als weiterer Gesellschafter ist ein württembergischer Schuhfabrikant beigetreten.

1) Bergwerksbetriebe. Nach Durchführung des Mutationsverfahrens ist durch die obere Bergbehörde in Karlsruhe der Jura-Eisen- und Bergbau G. m. b. H. in Donaueschingen die Berechtigung verliehen worden, in der Gemarkung Bondingen (Amt Donaueschingen) ein Bergwerk unter dem Namen „Oberreuth“ zu betreiben. Zweck des Unternehmens ist die Gewinnung von Eisenerzen. Der Flächeninhalt des verliehenen Grubenfeldes umfaßt 185,0398 Hektar. Weiter ist der genannte Gesellschaft zum gleichen Zwecke die Berechtigung zum Betriebe eines anderen Bergwerks in den Gemarkungen Hürttenberg und Bondingen (beide Amt Donaueschingen) unter dem Namen „Marimilant“ verliehen worden. Dieser Betrieb umfaßt 187,0141 Hektar.

— Zunehmende Steinkohlenproduktion Oberpfälzens im August. Die durchschnittliche Arbeitsleistung hat im August im oberpfälzischen Steinkohlenbergbau wieder geboten werden können, so daß sich eine tägliche Förderleistung von 96 658 Tonnen gegenüber einer Leistung von 79 774 Tonnen im Juli ergibt. Im ganzen belief sich, wie das Fachblatt „Industrie-Kurier“ (Berlin-Wilmersdorf, Prinzregenten-Strasse 63) berichtet, die gesamte Produktion an 27 Arbeitstagen auf 2 609 769 Tonnen (im Juli: 2 074 123 Tonnen). Es wurden mit der Hauptbahn verladen: 2 149 785 Tonnen gegenüber einem Bestand von 1 404 748 Tonnen für die Zeit des Monats Juli. Davon gingen nach dem Inland: 1 528 353 Tonnen, nach dem Ausland: 621 432 Tonnen. Nach Polen wurden exportiert: 195 268 Tonnen (Juli: 42 163 Tonnen), nach Deutsch-Oesterreich: 220 939 Tonnen (Juli: 188 865 Tonnen), nach der Tschechoslowakei: 51 574 Tonnen (Juli: 26 156 Tonnen), nach Italien 100 564 Tonnen (Juli: 75 881 Tonnen), nach Ungarn: 35 352 Tonnen (Juli: 31 741 Tonnen), nach Danzig: 14 717 Tonnen (Juli: 14 706 Tonnen), nach Memel: 8018 Tonnen (Juli: 1129 Tonnen). An Wagen wurden in diesem Monat von den oberpfälzischen Gruben circa 64 000 mehr angefordert als im Juli. Davon konnten 5,6 Proz. nicht gestellt werden (Juli: 17,1 Proz.). Im ganzen wurden 237 210 Wagen gestellt. Die Handelsbestände haben gegen Ende dieses Monats durch die vermehrten Absatzmöglichkeiten weiter abgenommen und betragen am 31. August 539 904 Tonnen, gegenüber einem Bestand von Anfang August von über 800 000 Tonnen.

— Begünstigte. Germania A.-G. vorm. Königl. Preuß. chemische Fabrik in Schönebeck (Elbe) bis 28. September im Verhältnis von 1 zu 1 zu 114 Proz. — A.-G. für elektrotechnische Unternehmungen in München bis 20. September im Verhältnis von 1 zu 1 zu 105 Proz. — Oberlein-Idarer Elektrizitäts A.-G. in Idar bis 30. September im Verhältnis von 1 zu 1 zu 110 Proz.

Wirtschaftspolitisches.

Einlösung englischer Sanktionsgutscheine.

Wichtig für Exporteure!

Die Friedensvertrag-Abrechnungstelle teilt mit: „Auf Grund der Bestimmungen des Reichsfinanzministeriums über die Einlösung der englischen Sanktionsgutscheine sind die beteiligten Exporteure gehalten, dem zur Einlösung eingereichten englischen Sanktionsgutschein einen Begleitbrief beizufügen, in dem Ausstellungsort, Ausstellungsdatum, Valutendatum, ausgeführte Ware, Empfänger der Ware, Art der Fakturierung (Währung) und gewünschte Zahlungsüberweisung angegeben sind. Zur Erleichterung des Einlösungsverfahrens hat die Friedensvertrag-Abrechnungstelle entsprechende Antragsformulare auf Vorkauf der englischen Sanktionsgutscheine herstellen lassen, die durch Vermittlung der zuständigen Handelskammern gegen Erstattung der Selbstkosten bezogen werden können. Die Friedensvertrag-Abrechnungstelle bittet bei dieser Gelegenheit, auf den Begleitbriefen selbst keine weiteren Mitteilungen bezw. Anfragen hinzuzufügen, da hierdurch die prompte Einlösung nur verzögert wird.“ — Die genaue Beachtung dieser Punkte liegt im Interesse einer beschleunigten Einlösung der Einlösung der englischen Sanktionsgutscheine.

Keine minderwertige Ware ins Ausland. Von sehr beachtenswerter ausländischer Seite liegen dem Reichsverband der deutschen Industrie erneut Mitteilungen vor, daß die in den letzten Kriegsjahren und in der ersten Uebergangszeit oft beklagte Lieferung minderwertiger Ware im Auslandsverkehr doch noch nicht ganz aufgehört hat. Die Bemühungen der deutschen Industrie, den alten Ruf der Qualitätsarbeit wieder zu erreichen, haben wohl im großen und ganzen Erfolg gehabt. Desto mehr muß vereinzelt Schundware entgegengekauft werden, die dem Ruf der deutschen Ausfuhrindustrie schaden. Ebenso wird im Ausland vielfach noch mit Recht über rüchrigste Zahlungsbedingungen geklagt, denen oft gerade bei den bezeichneten Firmen die Pünktlichkeit der Lieferung nicht entspricht.

Märkte.

dt. Mannheimer Schlachttiermarkt. Zum Viehmarkt waren zugeführt und wurden per 50 Kilo Lebendgewicht gehandelt: 289 Ochsen 600—840 M, 379 Bullen 550—700 M, 1111 Kühe und Färsen 300—830 M, 44 Kälber 750—1000 M, 210 Schafe 350—550 M, 676 Schweine 1300—1500 M.

dt. Mannheimer Produktenbörse. Die Festigkeit hat sich durch die andauernd steigenden Devisen weiter befestigt, aber trotzdem keine Belebung in den Markt gebracht, wie es gewöhnlich der Fall ist. Man bleibt an den Warenbörsen im Gegensatz zu den Effektenbörsen den Verhältnissen gegenüber ruhig und schreitet nicht zu Deckungs- oder Angstkäufen, da man weiß, daß die Ware vorhanden ist und auch wieder billiger werden muß. Es wurden deshalb auch nur die notwendigen Bedürfnisse gekauft. Für deutschen Auzen steigerten sich die Angebote auf 475—480 M, man sah aber nicht auf

dem festen Preis und zeigte sich williger, wenn ernste Reflektanten auftraten, und so gingen auch einige Posten zu 465—475 M Doppelzentner an laufende Mühlen ab. Für ausländischen Weizen lauteten die Offerten auf 18 1/2 holländ. Gulden ab Rotterdam. Auch in Braugerste wurde in fränkischer Ware zu 460—470 M pro 100 Kilo etwas umgelegt; das große Angebot findet nur Interesse, wenn es sich um erstklassige Ware handelt. Roggen findet nun wieder mehr Beachtung, nachdem die Mühlen in voller Tätigkeit sind, Hafer dagegen ist weniger gefragt. Die Preise hierfür sind ebenfalls um 10—20 M pro 100 Kilo gestiegen. Der Weizenpreis hat im Einklang mit den erhöhten Getreidepreisen um etwa 50 M pro Doppelzentner angezogen und verlangen die Süddeutschen Mühlen heute für Marke Spezial Null 70 M pro Oktober-November-Lieferung. Da der Handel aber vorerst mit Weizen gedeckt ist und für die späteren Lieferungen heute nicht schon den erhöhten Preis bezahlen wollen, da man gar nicht weiß, wie sich bis dahin die Preisentwicklung gestaltet, was das Geschäft im Weizenhandel der Mühlen klein. Billigere Ware dagegen ist immer unterzubringen. Süßenerfrüchte sind nach wie vor vernachlässigt, Futterartikel bleiben aber gefragt und hier steht wie gewöhnlich zur Maßzeit Weizenkleie für die Schweinemast, die in der Herbstzeit ihren Höhepunkt erreicht, an erster Stelle. Kaufmittelmittel sind unverändert.

Zum Herbst-Hauptgetreidemarkt waren zugezogen: 105 Wagen Pferde, 723 Arbeitspferde, 145 Schlachtpferde. Es betragen die Preise für Wagenpferde pro Stück 25 000—40 000 M, für Arbeitspferde pro Stück 20 000—35 000 M, für Schlachtpferde 1000—4000 M pro Stück. Der Handel mit guten Wagen-, Arbeits- und Schlachtpferden war lebhaft. Markt nahezu geräumt.

Offenburger Marktbericht vom 12. September. Der Schweinemarkt in Offenburg war befahren mit 418 Stück, der Preis für das Paar Ferkel betrug 240 M.

dt. Butterpreis-Überhebung. Im Odenwald ist wieder ein Billigerwerden der Butter zu beobachten. Gegenwärtig kostet dort das Pfund Butter 22—24 M gegen 30 M vor kurzer Zeit.

Müllheimer Marktbericht. Der Schweinemarkt war mit 212 Ferkeln und 14 Käufern befahren. Junge Ferkel kosteten 30—80 M, Läufer 300 bis 600 M das Stück. Viele der Tiere blieben unvertauft, junge Hühner kosteten 8—12 M, alte 15—25 M, Suppenhühner 12—20 M. — Auf dem Gemüsemarkt kostete Kopfsalat 50—70 Pf., Endivien 60—1,20 M der Stoc, Tomaten 2 M, Wirsing 1,40 M, Zwiebeln 1 M je das Pfd. Kochrüben 1 bis 1,20 M, Pfirsiche 1,80—3 M, Trauben 4 bis 4,50 M, Pflaumen 1,50 bis 1,70 M. Der Zentner Kartoffeln 70—80 M, das Pfund Butter 25 bis 28 M.

Börsenberichte.

Die erste Karloffelbörse. Gestern fand in Hamburg die erste Karloffelbörse statt, die einen recht lebhaften Verlauf nahm. Trotzdem war eine allgemeine Zurückhaltung zu beobachten. Zu größeren Abschlüssen kam es nicht. Diese Tendenz ergibt sich aus der gegenwärtig noch bestehenden Unsicherheit hinsichtlich des diesjährigen Entzegebisses. Inzwischen wird die Ernte als gut angesehen. Ein Sinken der Karloffelpreise wird daher erwartet. Die Preise schwanken zwischen 45 und 50 M für den Zentner.

Karlsruher Abendbörse vom 12. September. Abenddosen: Belgien 770, Holland 3450, London 410, Paris 780, Newporf, 109. Lendenz sehr fest.

Vom Valutamarkt.

(Schlußnotierungen.)

New-York, 12. Sept. Wechsel auf:		Schweiz . . . 12.9.		Italien . . . 12.9.		Deutschland . . . 12.9.		Frankfurt . . . 12.9.	
Paris . . . 744.	London . . . 721.	Brüssel . . . 734.	Madrid . . . 710.	Barcelona . . . 710.	Valencia . . . 710.	Sevilla . . . 710.	Bilbao . . . 710.	Zürich . . . 710.	Basel . . . 710.
Paris, 12. Sept. Wechsel auf:		Wien . . . 12.9.		Holland . . . 12.9.		Belgien . . . 12.9.		Schweiz . . . 12.9.	
Düsseldorf . . . 13.75.	Frankfurt . . . 13.	Berlin . . . 12.75.	London . . . 12.75.	Amsterdam . . . 12.75.	Brüssel . . . 12.75.	Madrid . . . 12.75.	Barcelona . . . 12.75.	Sevilla . . . 12.75.	Bilbao . . . 12.75.
London, 12. Sept. Wechsel auf:		Wien . . . 12.9.		Holland . . . 12.9.		Belgien . . . 12.9.		Schweiz . . . 12.9.	
Paris . . . 601.45.	London . . . 618.25.	Brüssel . . . 610.	Madrid . . . 610.	Barcelona . . . 610.	Sevilla . . . 610.	Bilbao . . . 610.	Zürich . . . 610.	Basel . . . 610.	Basel . . . 610.
Kopenhagen, 12. Sept. Wechsel auf:		Paris . . . 12.9.		London . . . 12.9.		Wien . . . 12.9.		Holland . . . 12.9.	
London . . . 2145.	Paris . . . 2215.	Amsterdam . . . 2145.	Brüssel . . . 2145.	Madrid . . . 2145.	Barcelona . . . 2145.	Sevilla . . . 2145.	Bilbao . . . 2145.	Zürich . . . 2145.	Basel . . . 2145.
Amsterdam, 12. Sept. Wechsel auf:		Wien . . . 12.9.		Holland . . . 12.9.		Belgien . . . 12.9.		Schweiz . . . 12.9.	
London . . . 1175.50.	Paris . . . 1178.	Kopenhagen . . . 1178.	Stockholm . . . 1178.	Oslo . . . 1178.	Reykjavik . . . 1178.	Helsinki . . . 1178.	Tampere . . . 1178.	Vaasa . . . 1178.	Åbo . . . 1178.
Wien, 12. Sept. Wechsel auf:		London . . . 12.9.		Paris . . . 12.9.		Brüssel . . . 12.9.		Madrid . . . 12.9.	
Amsterdam . . . 400.	London . . . 430.50.	Paris . . . 430.50.	Zürich . . . 430.50.	Basel . . . 430.50.	Basel . . . 430.50.	Basel . . . 430.50.	Basel . . . 430.50.	Basel . . . 430.50.	Basel . . . 430.50.
Hamburger Metallpreise vom 12. September.		Gold . . . 1945.		Silber . . . 1945.		Zinn . . . 1945.		Kupfer . . . 1945.	
Silber ca. 900 fein . . . 1945.	per 1. Monat . . . 1945.	per 2. Monat . . . 1945.	per 3. Monat . . . 1945.	per 1. Monat . . . 1945.	per 2. Monat . . . 1945.	per 3. Monat . . . 1945.	per 1. Monat . . . 1945.	per 2. Monat . . . 1945.	per 3. Monat . . . 1945.

Das Schwimmbad im Friedrichsbad
ist ab 14425
Montag, den 12. September 1921
wieder geöffnet.

Das
Durlacher Schwimm-, Duff- u. Sonnenbad
ist von
Dienstag, den 13. d. Mts. ab
geschlossen.

Keine Lokomotivschlacken und Schlackenland
für Bauzwecke istlich mehrere Wagons abzugeben.
Holzwerk und Hausfabrik Herling
Büro: Karl-Wilhelmstr. 40, Telef. 3043.

Detektiv-Institut und Privatauskunft
Globus
Wilh. Mathos, Mannheim
C 4, 5 Tel. 6261
Vertraul. Auskünfte jeder Art, Erhebungen in allen Kriminal-u. Zivilprozessen Alimentation, Ehescheidung, Beobachtung, Ueberwachung, Heiratsauskünfte, Reisebegleitung.

J. HUNZ
KARL-FRIEDRICHSTR. 21
FERNRUUF 2713

Friedrich-Ginoss
erster deutscher Firmen
in
Friedrichsbad

Statt Karten.
Meta Kleinmeyer
Oscar Schäfer
Verlobte
Fürth (Bayern)
Karollinenstr. 52
Karlsruhe
Nowack-Anlage 7.

Liesl Jung
Oscar Gerber
Verlobte
Karlsruhe, den 12. September 1921.

Hans v. Beseler
Auguste v. Beseler, geb. Eckstein
Vermählte
Karlsruhe, Mozartstraße 1.

Jadentleider — Manteltleider
Mäntel, Westen und Röcke
werden in eta. sowie einl. Ausführung von auf.
Edelsteinen zu mäßigen Preisen unter Garantie
angefertigt.
Damenkleiderei Walter, Kreuzstr. 17, 9. St.
E. e. Warzgrabenstraße.

Schreibkurse
verschied. Alter
haben
Nachschreibkurse
F. Buck
Sellingstr. 78
Erfolge jeder Art!
In Schrift und Wort.
gratis. Telef. 1295.
Fern-Unterricht!

Garnierte Damen-Hüte
in Seide und Samt
Et. 25 Mt. empfindl.
Damenhüte, Amalienstr. 47

Apfelschalen
gut getrocknet werden
wieder zu 1 M je kg lau-
fer angekauft. 247816
Sofenstr. 12, 2. St.

Großer Vorrat prima neue Zute Frucht-Mehl- u. Kartoffel-Säcke
garantiert kein Mischgewebe
zu billigen Tagespreisen.
Wiederverkäufer Vorzugspreise.
Strenge reelle Bedienung zugesichert.
Karlsruher Sackfabrik, G. m. b. H.,
Ewanenstr. 11. Telefon 835 u. 5426

Brillanten
ferner 14491
Gegenstände aus Gold u. Silber
kauft zu höchsten Tagespreisen
Emil Feißkohl, Juwelier,
Karlsruhe Kaiserstr. 67.

Teilnehmer
nicht unter Mk. 50 bis 100000.— von anerkanntem
Fachmann gesucht. Kein Risiko — steigende
Rente — bei Millionen-Absatzmöglichkeiten. Offert.
unt. 14576 an die „Badische Presse“ erbeten.

Ihr Passbild
in wenigen Minuten
nur im
Photogr. Atelier,
Berrenstraße 38.

Platin
Alt-Gold u. Silber
kauft ständig und zahlt
den höchst. Tagespreis
Rudolf Barth
Uhrmachermeister 14599
Kaiserstr. 53, Fernspr. 1538
gegenüber d. Eingang
der Techn. Hochschule.

Gummireifen
prima Qualität, für
Kinderwagen
Kraftwagen
Kraftwagen
Kraftwagen
Kraftwagen
Kraftwagen
Kraftwagen
Kraftwagen
Kraftwagen
Kraftwagen

A. Brändli, Karlsruhe
Kreuzstraße 7, Hof
(Ecke Kaiserstraße)
Gummi-Verarbeitung
Herstellung
für Kinderwagen.

Die blaue Sehnsucht.

Roman von Lisa Winkler. Copyright by August Scherl G. m. b. H., Berlin 1921 (82. Fortsetzung.)

Das Spiel begann. Gelbe, Sturm, Donner, Blitz. Der König, von beiden Töchtern, Regan und Coneril, verlassen, verstoßen, irrt mit seinem Narren umher, seinen Wahn, seine Blindheit erkennend, in dem er die Jüngste, die reine Cordelia, von sich wies.

Der Tragödie bis die Zähne zusammen und tat, als ob ihn eine Schwäche befiel. Gloster kam nicht. Ben Röder schien aus einem erstarrenden Traum zu erwachen. Die minutenlange Stille wucherte so schwer auf ihm, daß er seinen Rücken beugte wie unter einer plötzlichen Last.

„Ja, Routine — Komödie — aber nicht das tiefergründende, ans Herz greifende Wahrschpiel, das Röder in den ersten Wahn-Annahmen gegeben hat.“ Herr Redakteur, ob Routine oder Wahrheit, darauf kommt's hier nicht an; aber daß ein Schauspieler Stimmungen hat, gibt's bei mir nicht.

Aufruf Lagerist u. Expedient für eine badische Verbraucher-Genossenschaft. Durch die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse...

Glänzende Existenz! 80-100000 Mk. Jahreseinkommen erzielen nachweislich unsere Vertreter. Tüchtigen erstkl. Verkäufern ist eine außerordentl. Verdienstmöglichkeit geboten.

Med.-Drogerie Gehilfin. Sucht per sofort freundliche, flott anbietende Gehilfin. Offerten mit Bild unter Nr. 3941a an die „Badische Presse“ erbeten.

1 Schachmeister 1 Zimmermann 10 Maurer 40-50 Erdarbeiter 10 Maurer G. Siegrist Doeh und Karlsruhe

Aufseherin für größeres Werk a. Platze gesucht. Bedingungen: allgemeine, kaufmännische Kenntnisse, rasche Auffassungsgabe, sicheres Rechnen.

Krankengeregerin gesucht. Angebote mit Zeugnis und Gebaltsantrag, unt. Nr. 14557 an die „Bad. Presse“.

Mädchen gesucht! Suche per 1. Oktober fleißiges, anständiges Mädchen für alle vor- u. nachmittägliche Hausarbeiten.

Mädchen welches kochen kann, in H. Haushalt gesucht. Frau, 30 Jahre alt, D. Kaiserstraße 104. 14588

Gesucht in Gärtner in einem Schwarzwalddörfchen für Küche u. Haus ein oder zwei erf. u. w. Mädch. oder eine Frau bei Familienanstellung.

Stellengesuche Heimarbeiter Schneider sucht Grob- oder Kleintuch. Angebote unter Nr. 14788 an die „Bad. Presse“.

Servieren Mittlere junge Frau sucht nur in ein gutes Lokal. Angebote u. Nr. 147306 an die Badische Presse.

Fräulein, Mitte 40, sucht Stelle bei altm. Herrn od. Dame am liebst. n. auswärt. Angen. ruhige Stelle w. hohem Lohn vorgezogen.

Inverlässiges Kindermädchen möglichst vom Lande, per 15. Sept. gesucht. 14573. Kleinsiedle 68. 4. Stad.

Freie Wohnungen im Tauch, Zimmer möbl. u. unmöblert, mit und ohne Küchenanrichtung.

Wohnungstausch! Ich suche eine freigelegene 8-10 Zimmerwohnung.

Möblierte Wohnungen Zimmer leer oder möbliert für alle Zwecke, teils mit küchen- u. Büro Zimm. Kaiserstr. 186.

Werkstätte in nächster Nähe der Hauptpost, 8-10 Meter lang, für laubenden Betrieb zu mieten gesucht.

Umformen und Fürbrennen Herren- u. Damenkleider, f. w. Pelzstücke G. Kumpf, Douglasstr. 8, pt. 1. Et. Adenmühlstr. 18 907

